

# Spanien

Esther Barbé

Im Jahr 2006 wurde das zwanzigjährige Jubiläum des Eintritts Spaniens in die Europäische Gemeinschaft bzw. Union gefeiert. Dank der durchgeführten Strukturreformen und den Mitteln aus den Töpfen der Union (0,8 % des spanischen BIP während dieses Zeitraums) nahm der Reichtum von 71% des Gemeinschaftsdurchschnitts in 1986 auf fast 100% in der EU der 25 Mitgliedsstaaten zu (91% in der EU der 15 Mitgliedstaaten).<sup>1</sup> Zusammen mit der Entwicklung der Wirtschaftszahlen (die Inflationsrate von 10% sank auf 3%, die Zahl der Arbeitslosen von 17% auf unter 10%, das Pro-Kopf-Einkommen stieg 2004 von 8.000 auf 23.000 Euro). Das brachte Spanien auf Platz neun der Weltwirtschaft. Laut José Manuel Durao Barroso verwandelte sich Spanien von einem „Auswanderungsland“ in ein „Aufnahmeland“ mit dem größten Migrations-Nettosaldo pro Einwohner in der Union.<sup>2</sup> Dieses Thema hat im Laufe des vergangenen Jahres Einfluss auf die Europapolitik Spaniens genommen. Die aktive Beteiligung Spaniens am ständigen Veränderungsprozess in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges hat sowohl in der Innenpolitik (Unionsbürgerschaft, wirtschaftliche und soziale Kohäsion, Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts) als auch in der Außenpolitik (Mittelmeer- und Lateinamerika-Agenden) der Europäischen Union Spuren hinterlassen. Spanien ist keine „Ausnahme“ in Europa mehr (traditionelles Gefühl der spanischen Gesellschaft gegenüber der Gemeinschaft). Ein gutes Beispiel hierfür ist die Tatsache, dass 17% der im Semester 2003-2004 in Spanien eingeschriebenen Universitätsstudenten Erasmus-Studenten waren (1988 waren es in der EU-12 nur 7%). Obwohl die Spanier mit der Zugehörigkeit zur Union zufrieden sind und sich im Vergleich zum Durchschnitt der Bürger in den anderen Mitgliedstaaten als Nutznießer der Union fühlen (69% im Jahre 2003 gegenüber 47% im europäischen Durchschnitt) ist es eine Tatsache, dass sie sich an der Debatte um Europa nicht beteiligten.<sup>3</sup> Hierzu muss daran erinnert werden, dass die jetzige Regierung seit ihrer Amtsübernahme auf der Notwendigkeit bestanden hat, sich bei der Erarbeitung ihrer Außenpolitik auf die Unterstützung ihrer Bürger verlassen zu können. In diesem Sinne war das Fehlen einer weiterführenden Debatte während des Referendums zur Europäischen Verfassung eine vergebene Chance. Allerdings gab es die Kampagne „Sprechen wir über Europa“, die das Außenministerium vor allem mittels einer Webseite<sup>4</sup> und einer Wanderausstellung führte, um die Union den Spaniern näherzubringen. Trotzdem konnte die Debatte über Europa das Interesse der Spanier nicht wecken, das sich vor allem

---

1 Übersetzt aus dem Spanischen von Lisa Förster.

Die Autorin dankt Laia Mestres für die Unterstützung beim Verfassen dieses Textes.

Die Zahlen hierzu stammen von Piedrafita, S., Steinberg, F. und Torreblanca, J. I., 20 años de España en la Unión Europea, Madrid, Real Instituto Elcano, 2006, nachzulesen unter [www.realinstitutoelcano.org/publicacionesinsti.asp](http://www.realinstitutoelcano.org/publicacionesinsti.asp).

2 José Manuel Durao Barroso, ebda.

3 Siehe die Anmerkungen zum Fehlen einer Debatte im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Europäischen Verfassung: Barbé, E., Spanien. En Weidenfeld, Wolfgang /Wessels, Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2005, Institut für Europäische Politik, Europa Union Verlag, 2005, S- 397-404.

4 <http://www.hablamosdeeuropa.es>.

auf die innenpolitische Debatte eines staatlichen Territorialmodells (Anerkennung eines neuen Statuts für Katalonien)<sup>5</sup> und auf den Terrorismus der ETA konzentrierte (Ankündigung einer ständigen Waffenruhe der ETA im März 2006).

### **Verfassungskrise: Im deutschen Fahrwasser**

Der Wunsch der Regierung Zapatero, die „Rückkehr nach Europa“ zum Hauptanliegen der Umstrukturierung seiner Außenpolitik zu machen, stieß auf die harte Realität der Krise der EU, was die Ziele Spaniens mit Blick auf Europa nicht erleichterte. Das von Beginn an durch die Regierung Zapatero angekündigte Ziel, den privilegierten Dialog mit Frankreich und Deutschland (dem harten Kern) fortzuführen, gilt weiter, obwohl der Wahlsieg von Angela Merkel die Beziehungen zu Deutschland abkühlen ließ (Zapatero hatte klar auf Schröder gesetzt). Fakt ist, dass im Laufe des Jahres 2005 das gewohnte spanisch-deutsche Gipfeltreffen nicht stattfand und das erste bilaterale Treffen beider Regierungschefs in Berlin im April 2006 von den Spannungen zwischen Spanien und Deutschland wegen der Unternehmensübernahme des Energieversorgers Endesa durch die deutsche E.ON überschattet wurde (anders als bei der früheren Übernahme der spanischen Gas Natural). In den spanisch-deutschen Beziehungen besteht jedoch laut Zapatero Übereinstimmung im „Ja zur Europäischen Verfassung“ beider Staaten. Spanien ist zur vollen Zusammenarbeit mit der nächsten deutschen EU-Präsidentschaft bereit, um das Verfassungsprojekt zu retten.<sup>6</sup>

Die spanische Regierung äußerte sich in einem Bericht an den Abgeordnetenkongress im November 2005,<sup>7</sup> über die Zukunft der Union und über Wege aus der Verfassungskrise. Die Regierung hält sich an die Legitimität des Referendums und an die spätere Ratifizierung des Vertrages durch Spanien. Sie ist bereit, alles Erdenkliche zu unternehmen, damit die Verfassung nach einer Phase des Nachdenkens weiter vorangetrieben wird. Diese so genannte „Denkpause“ soll zu einer strukturierten Debatte auf europäischer Ebene Anlass geben. Sie stimmt somit mit den Vorschlägen Deutschlands überein,<sup>8</sup> aber „ohne das Thema wieder neu aufzurollen“. In diesem Zusammenhang besteht die spanische Regierung auf einer Neuorientierung der Union, damit die Bürger diese wieder positiv wahrnehmen können (vor allem durch Fortschritte in Bereichen, die die Bürger berühren wie Immigration oder Umweltschutz) und die Debatte nicht ausschließlich über innenpolitische Themen geführt wird. Die spanische Regierung bemüht sich um einen Kompromiss, obwohl ihr bewusst ist, dass gewisse Themen für Spanien annehmbar, aber nicht wünschenswert sind (wie das Inkrafttreten nur einiger Teile der Verfassung). Sie ist völlig gegen ein „Europa à la carte“ und die Abschaffung der Forderung der Ratifizierung des Verfassungsvertrags für alle Mitgliedstaaten. Mit etwas Pragmatismus, allerdings mit dem ausdrücklichen Hinweis

---

5 Das Statut wurde durch das katalonische Parlament im September 2006 und durch den Abgeordnetenkongress in Madrid im März 2006 verabschiedet.

6 Präsidentschaft der Regierung, „Conferencia de prensa de la Canciller alemana y del Presidente del Gobierno, unter [www.la-moncloa.es](http://www.la-moncloa.es).

7 Der Bericht ist auf der Webseite des Real Instituto Elcano nachzulesen, „El futuro de la Unión Europea: Informe del Gobierno al Congreso de los Diputados (Secretaría de Estado para la Unión Europea, Ministerio de Asuntos Exteriores y Cooperación), Documento de Trabajo (DT) 2/2006. Abrufbar unter [www.realinstitutoelcano.org](http://www.realinstitutoelcano.org).

8 Warum es von Spanien von Interesse sein könnte, sich an die deutsche Position anzuschließen wird ausgiebig argumentiert in Anna Herranz und Laia Mestres, „El Tratado Constitucional Europeo tras un año de reflexión: Desenlaces posibles, probables y deseables para España y la UE, Memorando OPEX 11/2006, unter [www.fal-ternativas.org](http://www.fal-ternativas.org).

auf die Notwendigkeit eines breiten Konsens zwischen den Mitgliedstaaten und darauf, dass es keine Änderung des Vertrages oder des bestehenden institutionellen Gleichgewichts geben soll, steht die spanische Regierung ex ante hinter Themen in Zusammenhang mit der GASP sowie der Annäherung der Bürger an die Union durch die Gesetzesinitiative. Hinzu kommt die völlige oder teilweise Vergemeinschaftlichung der dritten Säule (Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik). Die spanische Haltung wurde als *wait and see* definiert, allerdings wurde es abgelehnt, die Verfassung vorzeitig zu Grabe zu tragen, oder die Regierungskonferenz wieder zu eröffnen, zumindest jedoch bis zu den Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2007.<sup>9</sup>

### Die Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau

Vor dem Hintergrund der Verfassungskrise waren die Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau das Reizthema des Jahres für die Regierung Zapatero. Es liegt klar auf der Hand, dass Zapatero die unvermeidliche Verringerung der Nettoempfängerposition Spaniens in der EU tragen muss. Diese Reduzierung ist vor allem das Ergebnis des eigenen wirtschaftlichen Erfolges Spaniens. Außerdem wurde Zapatero durch den Lauf der Ereignisse (der Ablehnung der Verfassung in den Niederlanden und Frankreich) das politische Gewicht genommen, das sich aus dem Mitnahmeeffekt des „spanischen Ja“ entwickeln sollte. So nimmt Spanien an den Verhandlungen teil, ohne über den erwarteten Vorteil einer positiven Politik (Ratifizierung der Verfassung) zu verfügen und mit den bereits bekannten äußerst negativen Folgen hinsichtlich des Budgets. Die negativen Folgen werden vor allem durch den statistischen Effekt hervorgerufen, der Spanien im Vergleich zum Europa der 25 in eine gute wirtschaftliche Position rückt, so dass kein Anspruch mehr auf Zuwendungen aus dem Kohäsionsfonds besteht und Spanien sogar Netto-Beitragszahler werden könnte. Außerdem möchten einige Nettobeitragszahler, die sich in einer wirtschaftlichen Krisensituation befinden, den Ausgabensockel reduzieren. Die spanischen Gegenargumente, um im Finanzrahmen 2007-2013 nicht zum Nettobeitragszahler zu werden, konzentrierten sich auf die Einführung eines stufenweisen Abbaus, um so den Verlust der Mittel aus den Struktur- und Kohäsionsfonds zu bewältigen sowie auf die Einführung neuer Fonds auf Gebieten, auf denen Spanien Defizite aufweist.

Der endgültige Beschluss des Europäischen Rats im Dezember 2005 über die Finanzielle Vorausschau bedeutet für Spanien eine leichte Verbesserung im Vergleich zu den gescheiterten Verhandlungen des Europäischen Rats im Juni 2005. Die Regierung fasst die positiven Ergebnisse für Spanien in drei Punkten zusammen: Beibehaltung des Kohäsionsfonds bis 2013, Gründung eines Fonds für technologische Innovation und Bereitstellung von Mitteln für die Immigrationspolitik. Technologischer Rückstand und starke Immigration sind zwei sensible Themen für die spanische Regierung. Innenpolitisch führte das Ergebnis der Verhandlungen in der öffentlichen Meinung zu einem Zahlenreigen (positive Bilanz von 16.000 Mio. Euro laut Regierung gegenüber 5.000 Mio. Euro nach Angabe der Partido Popular). Auf Seiten der Opposition warf die Partido Popular der Regierung vor, sie verfälsche die Zahlen, indem sie vorangegangene Beschlüsse in die Periode 2007-2013 mit einflechte. Im spanischen Parlament führte dieses Thema zu einer heftigen Kontroverse zwischen der triumphierenden Haltung der Regierung und der Untergangsstimmung

9 J.I. Torreblanca und A. Sorroza, „Spain and the European Union: Country Update for the EU/25 Watch, ARI 1/3/2006, Real Instituto Elcano, unter [www.realinstitutoelcano.org](http://www.realinstitutoelcano.org).

in der Partido Popular, die den Europäischen Rat unter britischer Präsidentschaft in Bezug auf die Interessen Spaniens mit der Schlacht von Trafalgar verglich. Die eher positive Meinung über die erzielten Ergebnisse bei den Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau leiten sich laut einiger Analysten aus der Tatsache ab, dass das Ergebnis vor allem durch die „Großen“ und die Nettobeitragszahler im Rahmen gewisser Konzessionen bestimmt wurde.<sup>10</sup> Und Spanien könnte sich hier positionieren (um gewisse Konzessionen zu erhalten) und die Rolle des Unterstützers der französisch-deutschen Vorschläge übernehmen, vor allem um Konzessionen von Blair zu erhalten und eine Einigung zu erzielen, ohne jedoch selbst eine wichtige Rolle zu spielen. Man muss bei diesen finanziellen Verhandlungen auch auf das Interesse Polens an der spanischen Haltung hinweisen. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man in Betracht zieht, dass laut polnischer Presse „Polen in den Klub der Playmaker der Union eingetreten ist und Spanien in gewisser Weise ersetzt hat.“<sup>11</sup> Der neue Verhandlungskontext war im Vergleich zu früher ungünstig, Spanien hatte nur einen geringen Spielraum (über diesen verfügten die „Großen“ und die Nettobeitragszahler) und keinen historischen Protagonismus (für die neu hinzu gekommenen Mitglieder).

### **Barcelona + 10**

Die Organisation des ersten EU-Mittelmeergipfel in Barcelona im November 2005 unter britischer Präsidentschaft endete mit dem Beigeschmack des Scheiterns. Die Absicht Spaniens, das zehnte Jubiläum des Prozesses von Barcelona auf dem Niveau eines Treffens von Staats- und Regierungschefs abzuhalten, hatte nur wenig Erfolg, wenn man den Teilnehmerkreis (nur zwei Teilnehmer der zehn des Südens und der Türkei waren durch ihre höchsten Ämter vertreten) und die Ergebnisse (Fehlen von grundlegenden Einigungen) berücksichtigt. Mit anderen Worten konnte Barcelona + 10 nicht den von der spanischen Diplomatie gewünschten politischen Impuls verleihen.<sup>12</sup> Die Tatsache, dass Großbritannien ein Treffen auf der üblichen Ministerialebene dem von Spanien vorangetriebenen Gipfeltreffen vorgezogen hätte, erklärt, warum die Regierungschefs des Südens nur wenig politisches Gewicht innerhalb Europas hatten. Tatsache ist, dass der spanische Außenminister Moratinos die meisten Mitglieder des Südens ohne seinen britischen Amtskollegen Jack Straw besuchte. Dazu beigetragen haben auch die innenpolitischen Krisen in einigen Ländern sowie die offensichtlichen Anrufe von Condolezza Rice bei einigen der wichtigsten Mitglieder der Region, nicht an Barcelona teilzunehmen, sollten sie dies in Erwägung gezogen haben.

Der Gipfel offenbarte wieder einmal, dass der arabisch-israelische Konflikt die Ergebnisse des Prozesses von Barcelona belastet und dass die Absicht der Union, im Mittelmeerraum konkrete Schritte mit Zielen und Terminen einzuleiten, derzeit nur schwer durchzuführen ist. Trotz des wiederholt bekräftigten Ziels der spanischen Regierung, zu einem Abschluss zu kommen, wurde beim Gipfel kein Abkommen unterzeichnet. Es wurde lediglich ein Verhaltenskodex gegen den Terrorismus erstellt, der durch das Fehlen einer Definition des eigentlichen Phänomens Terrorismus etwas unglücklich formuliert war. Letzt-

---

10 J.I. Torreblanca, „Las perspectivas financieras 2007-2013 de la Unión Europea: un buen acuerdo para España (y II). Análisis del Real Instituto Elcano, Nr. 155 (21/12/2005), unter [www.realinstitutoelcano.org](http://www.realinstitutoelcano.org).

11 Kulisy szczytu budżetowego w. Brukseli, Gazeta Wyborcza, 19. Dezember 2005. Die Autorin dankt Michal Natorski für diese Anmerkung.

12 E. Barbé und E. Soler i Lecha, Barcelona + 10: Spanish Re-launch of the Euro-Mediterranean Partnership, The International Spectator, April- Juni 2005.

endlich einigte man sich auf ein Arbeitsprogramm für die kommenden fünf Jahre, das sich auf allgemeine Vorschläge erstreckte, wie z.B. das Erreichen eines geordneten Migrationsstroms. Das ausdrückliche Ziel der spanische Regierung, den Gipfel zur Einbindung des Prozesses von Barcelona in die neuen Instrumente der EU zu nutzen,<sup>13</sup> war in jedem Fall rein rhetorischer Natur – vor allem aufgrund der Tatsache, dass die EU selbst nicht in der Lage war, sich auf ihren Haushalt für 2007-2013 zu einigen. Dies warf Fragen zum Niveau des finanziellen Kompromisses auf, den die Europäer mit ihren Nachbarn (hierzu zählen die Mittelmeerländer) eingehen wollten. So waren die arabisch-israelischen Spannungen und die Krise der EU ein Hindernis für die ehrgeizigen Ziele der spanischen Diplomatie im Mittelmeerraum. Allerdings konnte Spanien im multilateralen Rahmen bei der Wiederaufnahme seiner Beziehungen zu Marokko Erfolge erzielen. Marokko unterzeichnete ein neues Fischereiabkommen mit der EU. Es fanden mehrere Staatsbesuche statt, Marokko bot Garantien für eine größere juristische Sicherheit der spanischen Investitionen im Land an (Spanien ist mit mehr als 600 Unternehmen der größte Investor in Marokko). Den größten Einfluss auf die spanisch-marokkanischen Beziehungen und gleichzeitig auf die EU hatten zweifellos die großen Flüchtlingsströme aus den Gebieten Schwarzafrikas. Die Flüchtlinge versuchten, über Ceuta und Melilla nach Spanien zu gelangen. Im Oktober 2005 führte dies zum Tod von elf Personen. Die spanische Regierung schlug eine weitgehende Zusammenarbeit vor und man kann davon ausgehen, dass erstmals eine gemeinsame Interessenlage entstanden war (Marokko fühlt sich bei der Behandlung der Schwarzafrikaner durch die Union überwacht und fürchtet eine Belastung der Beziehungen zur EU). Spanien und Marokko europäisierten diese Thematik umgehend und forderten die Einleitung von Sofortmaßnahmen (Unterstützung der EU für Marokko bei der Kontrolle seiner Grenzen; Antrag von Spanien, eine Untersuchungskommission im Auftrag der EU in das Gebiet zu entsenden; Gewährung von finanziellen Hilfen für Spanien zur Regulierung des Flüchtlingsstroms) bis hin zu strukturellen Lösungen (legale Immigrationspolitik der EU, marokkanische Idee eines „Marshallplans“ für Schwarzafrika). Das Ergebnis der spanisch-marokkanisch-europäischen Zusammenarbeit war kurzfristig die Erkenntnis der nach Ceuta und Melilla entsandten Untersuchungskommission, dass ca. 30.000 Immigranten in Marokko und Algerien darauf warteten, über Spanien in die EU zu gelangen.<sup>14</sup> Die Europäische Kommission unterstützte den spanisch-marokkanischen Vorschlag, eine euroafrikanische Konferenz über Migration und Entwicklung abzuhalten, die im Juli 2006 in Marokko stattfand.

### **Der amerikanische Freund**

Venezuela oder die Vereinigten Staaten? Waren die Beziehungen der Regierung Zapatero mit den Vereinigten Staaten wegen des Truppenrückzugs aus dem Irak von Anfang an nicht einfach, so wurden sie noch zusätzlich durch den Faktor Chávez belastet. Fakt ist, dass die Beziehung zu Venezuela das konfliktreichste Thema der lateinamerikanischen Agenda der spanischen Regierung ist. Die Unterzeichnung eines Vertrags durch die spanische Regierung über den Verkauf von Schiffen und Flugzeugen im Wert von 1.700 Mio. Euro an Venezuela rief auf allen Ebenen (nationaler, lateinamerikanischer, amerikani-

<sup>13</sup> B. León, España y el proceso euromediterráneo, Política Exterior, November/Dezember 2005.

<sup>14</sup> Cerca de 30.000 inmigrantes esperan en Marruecos y Argelia para entrar en Ceuta y Melilla, El País, 12. Oktober 2005.

scher) herbe Kritik hervor. Die Vertragsunterzeichnung stellt die Autonomie des Verteidigungsministeriums (das diesen Vertrag in die Wege geleitet hatte) gegenüber der Lateinamerikapolitik der spanischen Regierung unter Beweis und führte zur vollkommenen Ablehnung in den Reihen der Partido Popular. Dies mit dem Argument „wir sind entweder Freunde von Kuba und Venezuela oder wir bemühen uns um die Normalisierung der Beziehung zu den Vereinigten Staaten. Beides gleichzeitig ist unmöglich“, so die Worte eines Abgeordneten der Partei.<sup>15</sup> Tatsächlich wurde der spanische Vertrag mit Chávez zum größten Problem der Regierung Bush mit der Regierung Zapatero. Die spanische Regierung, in Washington positiv im Kampf gegen den Terrorismus bewertet, wurde wegen Venezuela harsch kritisiert. So waren in der amerikanischen Presse Kommentare zu lesen wie „die Regierung Bush ist erzürnt über die Hilfe, die Spanien dem venezuelanischen Führer auf militärischer Ebene zukommen lässt, vor allem aufgrund der Respektlosigkeit, denn Spanien ist ein Mitglied der NATO.“<sup>16</sup> Hieraus resultieren auch die Bedenken der Vereinigten Staaten, Spanien habe Venezuela durch den Verkauf von Flugzeugen amerikanische Technologie zur Verfügung gestellt. Die Freund-Feind-Logik aus Washington belastet die Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien nicht nur wegen Venezuela, sondern auch durch den Wahlsieg von Evo Morales im Dezember 2005 in Bolivien. Auch wenn die Interessen der in Bolivien ansässigen spanischen Energieversorger ein Reizthema für die spanische Regierung im Hinblick auf die bolivianische Bewegung Lateinamerikas sind, in der sich Chávez als Führer sieht, belastete die Freund-Feind-Logik der Venezuela-Krise die spanisch-amerikanischen Beziehungen. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten, die sehr eng mit persönlichen Faktoren (Bush-Zapatero) verknüpft sind, wird entscheidend durch die spanische Politik mit Lateinamerika beeinflusst – in einer Zeit der Turbulenzen in Lateinamerika (Populismus, linksgerichtete Regierungen, bolivianische Bewegung) und hoher Erdölpreise. Die Logik Freund-Feind sah man besonders anlässlich des ibero-amerikanischen Gipfels in Salamanca im Oktober 2005, der zu einer formellen Beschwerde der amerikanischen Regierung wegen eines Kommuniqués des Gipfels Anlass gab, in dem das Wort „Blockade“ zur Definition der US-amerikanischen Politik gegenüber Kuba verwendet wurde. Einem Aufreiß dieser Gipfel durch amerikanische Kritik wurde mit Institutionalisierung (Schaffung eines Generalsekretariats) und mit einer konkreten Zielsetzung (z.B. in der Bildungspolitik) entgegengewirkt. Analysten weisen weiter auf das Risiko hin, dass die ibero-amerikanischen Gipfel, ein Prestigeinstrument der spanischen Diplomatie, zwar große Erwartungen wecken, im Endeffekt aber nur über geringe Mittel verfügen.<sup>17</sup>

### **Energie, Immigration und Verteidigung**

Der Europäische Rat vom März 2006 stellte Spanien in den Mittelpunkt des Interesses. Die Ankündigung der ständigen Waffenruhe der Terrororganisation ETA wenige Tage vor dem Gipfel wurde durch die 25 Mitgliedstaaten entsprechend gewürdigt und verlieh Rodrigo Zapatero bei seinen europäischen Kollegen zum ersten Mal politisches Profil. Trotzdem muss daran erinnert werden, dass die Räte im Frühjahr auch der Lissabon-Strategie

---

15 Der Satz stammt vom Abgeordneten Muñoz Alonso. S. El PP critica una venta de buques y aviones a Venezuela de 1.000 millones, El País, 15. März 2005.

16 It's Europe à la Carte as Zapatero aids Chavez, International Herald Tribune, 13. Dezember 2005.

17 C. Malamud und T. Mallo, Después de Salamanca: ¿hay un nuevo rumbo para las cumbres iberoamericanas, ARI 140/2005, Real Instituto Elcano, unter [www.realinstitutoelcano.org](http://www.realinstitutoelcano.org)

galten. Und hier verhält sich Spanien keineswegs als Musterschüler. Außerdem hat Spanien seine Emissionsquote für Treibhausgase weit überschritten. Ein anderes großes Thema des Frühjahrsgipfel war der Energiesektor – Spanien hatte im Oktober 2005 ein innenpolitisches Reformprogramm erstellt –, ein Bereich, in dem sich die österreichische Präsidentschaft (unterstützt durch Deutschland) zum Ziel gesetzt hatte, die Liberalisierung voranzutreiben. Das Abkommen der 25 Mitgliedstaaten auf Antrag Großbritanniens, den Gas- und Energiemarkt für alle Mitte 2007 zu öffnen, stieß auf Vorbehalte unter anderem von Spanien, das sich auf Ausnahmen im Fall kleiner und isolierter Staaten bezieht. Man wird sehen, wohin dies führt. Tatsache ist, dass die spanische Regierung vor diesem Rat legislative Maßnahmen (mehr Kompetenz für die nationale Energiekommission *Comisión Nacional de Energía*) eingeleitet hatte, um die Unternehmensübernahme von Endesa durch die deutsche E.ON zu erschweren. Das war der Hintergrund zu erheblichen Spannungen zwischen beiden Ländern, außerdem forderte Brüssel eine Erklärung der Regierung Zapatero. Viele Medien wiesen auf den nationalistischen und protektionistischen Charakter der jetzigen spanischen Regierung auf dem Gebiet des Energiesektors hin, die dem Beispiel Frankreichs folgt. Spanien (zusammen mit Schweden, Frankreich, Dänemark, Finnland und der Tschechischen Republik) schlug dem Rat im März und im Rahmen der Strategie von Lissabon einen Gleichbehandlungspakt vor.

Spanien war im Laufe der folgenden europäischen Räte (informell der Rat von Hampton Court im Oktober 2005, sowie die Räte vom Dezember 2005 und März 2006) dafür verantwortlich, das Thema Immigration in die europäische Agenda einzubringen. Tatsächlich wurde in Hampton Court auf Antrag Zapateros und die französisch-spanische Initiative hin der Vorschlag eines neuen Immigrationsprogramms der EU mit einem Gesamtkonzept analysiert: Bewachung der Außengrenzen der EU (Spanien hatte die Schaffung der Europäischen Agentur für die operative Kontrolle der Außengrenzen, die seit Mai 2005 arbeitet, sehr unterstützt), Unterzeichnung von Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und Drittländern (den Herkunfts- oder Transitländern der Immigranten), sowie die Erweiterung des Hilfspakets der EU für Schwarzafrika. Durch den Vorschlag Spaniens wurde ein Fonds mit 4.400 Mio. Euro zur Finanzierung gesamteuropäischer Aktionen auf dem Gebiet der Migration eingerichtet. Die Nachrichten aus den Spanien am nächsten gelegenen afrikanischen Ländern (Marokko und Mauretanien) über Anzahl und Lebensumstände der Schwarzafrikaner, die auf spanisches Staatsgebiet eingedrungen waren, ließen den Europäischen Rat im März 2006 erstmals die Nutzung des Fonds für Soforthilfe beschließen, der im Rahmen der neuen EU-Migrationspolitik geschaffen worden war. Es wurden 2 Mio. Euro zur Versorgung von 3.500 Immigranten aus Mauretanien auf den Kanarischen Inseln zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig mit der Thematisierung dieses Problems auf europäischer Ebene, richtete die spanische Regierung auch ihre Aufmerksamkeit auf Schwarzafrika, einem Gebiet, um das sich die spanische Diplomatie bis dahin noch nie gekümmert hatte. Im Laufe des letzten Jahres wurden Kooperationsabkommen mit afrikanischen Regierungen auf dem Gebiet des Menschenhandels unterzeichnet, Wiedereinbürgerungsabkommen Ländern geschlossen, deren Bürger in großer Anzahl versuchen, illegal nach Spanien zu gelangen (Mali, Ghana), und die Mittel für die Zusammenarbeit (Ernährungshilfen, Schuldenerlass) erhöht. Hinter allem steht die wachsende Sorge der spanischen Gesellschaft über eine Zunahme der Zahl der Immigranten. Laut dem Barometer des Zentrums für Soziologische Studien (*Centro de Investigaciones Sociológicas*) ist die Immigration nach der Arbeitslosigkeit zum zweiten

großen Problem Spaniens geworden. Allerdings geben die Bürger auf die Frage, welches Problem sie persönlich am stärksten betrifft, die Immigration erst an fünfter Stelle an.<sup>18</sup>

Schließlich sei auf die positive Haltung der spanischen Regierung bei der Teilnahme an der multinationalen Friedenstruppe und auf die Entwicklung der Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik hingewiesen. Spanien nimmt an den Aktionen der ESVP teil (z.B. sind mehr als 500 spanische Soldaten für die EU in Bosnien stationiert). Es muss auch betont werden, dass Spanien einen wichtigen Beitrag beim Aufbau europäischer Polizei- und Militärkräfte leistet. Im April 2006 wurde General Carlos Villar zum neuen Oberbefehlshaber der Streitkräfte ernannt. Er gibt der Teilnahme Spaniens an der ESVP neue Impulse. Die spanische Beteiligung an Friedensmissionen im Laufe des vergangenen Jahres verlief wie folgt: Der Abgeordnetenkongress stimmte einem neuen Verteidigungsgesetz zu. Die Entsendung spanischer Truppen zu Friedenseinsätzen bedarf nun der Genehmigung durch das Parlament. Eine weitere wichtige Entscheidung ist der Rückzug der über zweihundert spanischen Soldaten der MINUSTAH (Friedensmission der Vereinten Nationen in Haiti) im Februar 2006, obwohl die Vereinten Nationen eine längere Stationierung gefordert hatten, sowie die Aufstockung der spanischen Truppen in Afghanistan im Rahmen der Operation ISAF-NATO. Weitere Entscheidungen der spanischen Regierung gehen in Richtung einer euro-atlantischen Orientierung der internationalen Sicherheitspolitik (wie die Beteiligung Spaniens an NATO Einsätzen, wie in Pakistan Ende 2005, und EU Einsätzen, wie zu den Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo Mitte 2006). Spanien ging sogar so weit, die traditionelle lateinamerikanische Szene zu verlassen: Spanien war das einzige europäische Land, das in der MINUSTAH vertreten war.

### **Weiterführende Literatur**

- Esther Barbé: *Disenso y adversidad: la política exterior y de seguridad de España en 2005*, Anuario Internacional CIDOB 2005, Barcelona: Fundació CIDOB 2006.
- Esther Barbé/Laia Mestres: *National Report Spain*, CFSP Watch Annual Report 2005, FORNET, <http://www.fornet.info>.
- Esther Barbé/Soler i Lecha, Eduard: *Barcelona+10: Spain's Relaunch of the Euro-Mediterranean Partnership*, in *The International Spectator*, Bd. XL, Nr. 2, April- Juni 2005 S. 85-98.
- Richard Gillespie: *Spain and Morocco: Towards a Reform Agenda?*, in: *Fride: Fundación para las Relaciones Internacionales y El Diálogo Exterior*, Working Paper Nr. 6, April 2005.
- Alberto Navarro/Viguera, Enrique: *España y las Perspectivas financieras*, in *Política Exterior*, Juli/August 2005, Nr. 106, S. 65-75.
- José I. Torreblanca/Sorroza, Alicia: *Spain and the European Union: Country Update for the EU-25 Watch*, *Análisis del Real Instituto*, Real Instituto Elcano de Estudios Internacionales y Estratégicos, 1. März 2006, <http://www.realinstitutoelcano.org>.
- El futuro de la Unión Europea: Informe del Gobierno al Congreso de los Diputados*, Secretaría de Estado para la Unión Europea, Documento de Trabajo 2/2006, Real Instituto Elcano de Estudios Internacionales y Estratégicos, 9. Februar 2006, <http://www.realinstitutoelcano.org>.

---

18 Barómetro del Centro de Investigaciones Sociológicas, Studie Nr. 2636, März 2006.